

Millionengrab Kohlekraftwerk?

Mangold fordert Rückzug aus Stadtwerke-Beteiligung in Brunsbüttel

Im Sommer 2006 hat der Stadtwerke-Aufsichtsrat unter der Leitung von Ex-OB Zankl die Beteiligung an einem Kohlekraftwerk beschlossen, dass von mehreren Stadtwerken gemeinsam im niedersächsischen Brunsbüttel gebaut werden soll. Bis zu einer Million kann das die Stadtwerke kosten. Im dem 15-köpfigen SWP-Gremium stimmte als einziger Urban Mangold (ÖDP) gegen das Vorhaben.

In Brunsbüttel tobt unterdessen der Protest: http://www.kohle-protest.de/detail-start/?tx_ttnews%5Btt_news%5D==22&tx_ttnews%5BbackPid%5D=7&cHash=70564aa59f

Und nun kommt auch noch Widerspruch aus der Wissenschaft: Die neuen Kraftwerke seien klimapolitisch und wirtschaftlich Unsinn, heißt es in einem Gutachten von Wissenschaftlern der Universität Flensburg und der TU Berlin.

Bürgermeister Urban Mangold: "Ich fühle mich durch das Gutachten der Wissenschaftler voll bestätigt, die in der letzten Amtsperiode beschlossene Kohlekraftwerksbeteiligung der Stadtwerke ist nicht nur ein klimapolitischer Irrweg, sondern auch wirtschaftlich höchst fragwürdig.

Unsere Stadtwerke haben zwar inzwischen einen besseren Weg eingeschlagen. Auf Antrag der ÖDP wird der Eigenerzeugungsanteil auf regenerativer Basis Schritt für Schritt ausgebaut, unter anderem mit unserer kürzlich beschlossenen 1,6 Millionen-Windkraftbeteiligung und anderen Maßnahmen. Ich hoffe nun, dass das Gutachten aufrüttelt und wir die Fehlentscheidung der letzten Amtsperiode noch rückgängig machen können. Jedenfalls werde ich das am Donnerstag im Stadtwerke-Aufsichtsrat zur Sprache bringen. Ich bin dafür, dass wir uns mit den anderen beteiligten Stadtwerken absprechen und gemeinsam den Ausstieg aus diesem riskanten Projekt anstreben".